



---

---

## **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**

### **72. Sitzung (öffentlich)**

20. Januar 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:35 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Matthias Goeken (CDU) (stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- |   |           |
|---|-----------|
| <b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>   | <b>5</b>  |
| Der Ausschuss verständigt sich auf Anregung des Abgeordneten André Stinka darauf, TOP 6 heute nicht zu behandeln.         |           |
| <b>1 Außenwirtschaftsstrategie für Nordrhein-Westfalen</b> <i>(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)</i>                | <b>6</b>  |
| Vorlage 17/4515   |           |
| – mündlicher Bericht der Landesregierung  |           |
| – Wortbeiträge  |           |
| <b>2 Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW</b> <i>(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])</i> | <b>18</b> |
| – mündlicher Bericht der Landesregierung  |           |
| – Wortbeiträge  |           |

- 3 Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung 27**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
  - Wortbeiträge
- 4 Lebendige Städte – Innenstädte stärken 32**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/10637  
Ausschussprotokoll 17/1212 (Anhörung vom 18. November 2020)
- Abstimmung gemäß Vereinbarungen der Fraktionen
  - Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.
- 5 Industriepolitik statt „Klima“-Politik – Die Landesregierung muss sich gegen die industriefeindlichen Vorschläge der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen wehren! 35**
- Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/11167
- Abstimmung gemäß Vereinbarungen der Fraktionen
  - Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.
- 6 Arbeit und Fortschritt durch das Elektromobilitätscluster Aachen/Düren 37**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/11679

Stellungnahme 17/3429  
Stellungnahme 17/3454  
Stellungnahme 17/3473  
Stellungnahme 17/3474  
Stellungnahme 17/3484  
Stellungnahme 17/3493

– wird nicht behandelt

**7 Partizipation an EU-Programmen sicherstellen – Die Landesregierung darf die Kommunen nicht im Stich lassen!** **38**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/11177

Stellungnahme 17/3385  
Stellungnahme 17/3386  
Stellungnahme 17/3387

– Abstimmung gemäß Vereinbarungen der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.

**8 Entwurf einer Fünften Verordnung zur Änderung der LandesplanungsgesetzDVO** **39**

Vorlage 17/4514

– keine Wortbeiträge

Das Benehmen zum mit der Vorlage 17/4514 übersandten Verordnungsentwurf ist hergestellt.

**9 133 Jahre Batterietechnik – Welche Schritte unternimmt die Landesregierung zum Erhalt der Industriearbeitsplätze bei Hawker? (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 2])** **40**

Vorlage 17/4518

– Wortbeiträge

- 10 Welche Strategie verfolgt die Landesregierung in den Beratungen des Bund-Länder-Koordinierungsgremiums? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])** **41**
- Vorlage 17/4523
- keine Wortbeiträge
- 11 Monitoring und Fortschreibung des Klimaschutzplanes NRW (Bericht beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [s. Anlage 4])** **42**
- Vorlage 17/4512
- Wortbeiträge
- 12 Konsequenzen der geplanten Mindestabstände von Windenergieanlagen auf die Flächenverfügbarkeit (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])** **44**
- Vorlage 17/4548
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen.
- 13 Verschiedenes** **45**
- hier: **Urananreicherung in NRW beenden, illegale Urantransporte stoppen!** **45**
- Antrag  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 17/11616
- Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, statt der vorgesehenen Präsenzhörung eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

**Stellv. Vorsitzender Matthias Goeken** erinnert die Ausschussmitglieder an die Vereinbarung, aufgrund der Pandemie-Lage in Fraktionsstärke abzustimmen.

Der Ausschuss verständigt sich auf Anregung des Abgeordneten André Stinka darauf, TOP 6 heute nicht zu behandeln.



## 5 **Industriepolitik statt „Klima“-Politik – Die Landesregierung muss sich gegen die industriefeindlichen Vorschläge der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen wehren!**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/11167

– Abstimmung gemäß Vereinbarungen der Fraktionen

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend – sowie an den Ausschuss für Europa und Internationales am 07.10.2020)*

**Christian Loose (AfD)** bemängelt, an dem bisherigen Ausbaupfad werde deutlich, dass die Umstellung der Energieversorgung mit dem Auslaufen von Atomenergie und Kohleverstromung mehrere zwei Generationen belaste.

Am letzten Freitag habe der Strombedarf gegen 11 Uhr 75,4 GW betragen. Gleichzeitig hätten aus Solarkraftwerken lediglich 4,1 GW und aus Windkraftanlagen 6,1 GW zur Verfügung gestanden. Konventionelle Kraftwerke hätten 62 GW bereitgestellt. Verlasse man sich nur auf Energiegewinnung aus Sonne und Wind, komme es demnächst regelmäßig zu Blackouts. Die Bundesregierung überlege deshalb offenbar, wen sie in solchen Fällen abschalten: E-Autos, Betreiber von Wärmepumpen oder die Industrie.

Wer die CO<sub>2</sub>-Vermeidung als heilige Kuh betrachte und seine Ziele ausschließlich daran orientiere, führe Deutschland zum Blackout. Die gleichen Probleme träfen nach der Energieindustrie die Automobilindustrie; dann folge in Deutschland der industrielle Blackout bei der Automobilindustrie, während Firmen Fabriken im Ausland wieder öffneten.

Laut FDP ziele die Politik von CDU und FDP darauf ab, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen. Das scheine nicht zu funktionieren. Das zeige nicht nur die große Zahl von Arbeitsplatzverlusten zum Beispiel bei STEAG, Ford und Continental, sondern auch die Verlagerung vieler kleiner Unternehmen ins Ausland.

Die hiesigen Industriearbeitnehmer bräuchten eine Abkehr von den immer absurder werdenden Klimazielen.

**Dr. Christian Untrieser (CDU)** legt mit Bezug auf Abschnitt III Nr. 3 des Antrags dar, Wissenschaft suche immer nach der Wahrheit, arbeite stets mit Versuch und Irrtum und könne sich auch einmal irren. Mehrere Tausend Wissenschaftler beschäftigten sich beim ITPC mit der Klimafrage. Die weit überwiegende Zahl der Wissenschaftler betone einen sehr, sehr negativen Effekt von CO<sub>2</sub> und Treibhausgasen insgesamt.

Aufgabe der Politik auf allen Ebenen sei es, mit diesen Unsicherheiten, die der Wissenschaft immanent sei, umzugehen und daraus die richtigen Ableitungen zu treffen und politische Maßnahmen einzuleiten.

Da der weitaus überwiegende Teil der Wissenschaftler von den Auswirkungen des CO<sub>2</sub> und dem enormen und schlimmen Effekt auf die Weltbevölkerung überzeugt sei, sei es vernünftig und ethisch das einzig logische Vorgehen, Klimaschutz zu betreiben.

Die AfD tue den Menschen mit ihrem Vorgehen keinen Gefallen, sondern versuche populistisch, einzelne unangenehme Folgerungen der Klimaschutzpolitik in den Vordergrund zu stellen.

Die Klimaschutzpolitik auf Landes- und EU-Ebene sei sinnvoll. Heruntergebrochen auf Nordrhein-Westfalen sei das Wirtschaftswachstum um 30 % gestiegen, der Treibhausgasausstoß aber um 38 % gesunken. Mit einer vernünftigen und maßvollen Klimaschutzpolitik könnten Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land gehalten werden.

Verschließe man die Augen davor und entwickle Nordrhein-Westfalen nicht zu einem guten Standort weiter, folgten die anderen Länder dem Weg Nordrhein-Westfalens nicht. Als Folge verliere das Land auf Dauer seine Wettbewerbsfähigkeit, weil wichtige Industrien in andere Länder abwanderten.

**Dietmar Brockes (FDP)** hält den Antrag für überholt, aber auch von der Grundannahme her für falsch. CDU und FDP stellten sich in der Tat der Herausforderung, Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen. Dieser Herausforderung stelle sich die AfD nicht.

**Volkan Baran (SPD)** meint, die Abschaffung der auf EU-Ebene erstrittenen Ziele für den Klimaschutz zu fordern und gleichzeitig die Besinnung auf eine weltoffene Gesellschaft zu unterstreichen, grenze an Verhöhnung. Die Forderung, die CO<sub>2</sub>-Ziele einzufrieren, entbehre jeder Grundlage und sei nicht diskussionswürdig.

Der Antrag zeige, dass die AfD wissenschaftliche Expertise, die nicht aus ihren Reihen stamme, nicht verstehen wolle oder schlichtweg ignoriere.

**Wibke Brems (GRÜNE)** schließt sich den letzten drei Vorrednern an. Die AfD schiebe wissenschaftliche Erkenntnisse einfach beiseite.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.